

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbellegebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. - Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Dezember 1919

Anzeigenpreis: Vereinsnachrichten, Fortbildungsausschüsse, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 149

Der Weihnachtsfeierlage wegen erscheint die nächste Nummer (150) erst am Dienstag, dem 30. Dezember.

Bekanntmachung

betreffend Erhöhung des Verbandsbeitrags, Wiedereinführung der im § 38 Absatz 1 der Vorstandsbeschlüsse festgesetzten Unterstützungssätze und Gewährung der Reiseunterstützung auf 70 Tage an die in der Ortsunterstützung ausgefeuerten Mitglieder

Die in Berlin vom 4. bis 7. Dezember tagende Gauvorsteherkonferenz beschloß:

1. Den Verbandsbeitrag um 50 Pf., also von 1,50 Mk. auf 2 Mk., pro Woche zu erhöhen. Dementsprechend erhöht sich der Beitrag für Gewerkschaftsmitglieder (siehe § 3 der Vorstandsbeschlüsse) von 0,90 Mk. auf 1,40 Mk., der Beitrag für wieder in Beschäftigung getretene Invaliden (siehe § 9 des Statuts und § 4 der Vorstandsbeschlüsse) von 1,10 Mk. auf 1,60 Mk. Der erhöhte Beitrag wird zum ersten Male für die Woche vom 28. Dezember 1919 bis 4. Januar 1920 erhoben.
2. Die im § 38 Abs. 1 der Vorstandsbeschlüsse vorgesehene Unterstüfung für vorübergehend Erwerbsunfähige (1,40 Mk. pro Tag) für alle Mitglieder ab 28. Dezember 1919 wieder einzuführen. Es erhalten also auch die Mitglieder mit einer Beitragsleistung bis zu 250 Wochen, die bisher nur 1 Mk. pro Tag erhielten, die volle Unterstüfung.
3. Da alle in der Ortsunterstüfung ausgefeuerten Mitglieder nochmals die Reiseunterstüfung (niedrigste Klasse) auf 70 Tage zu gewähren. Diese Unterstüfung, die ab 1. Dezember 1919 gezahlt werden soll, gilt als Ortsunterstüfung, durch deren Bezug die im § 22 Abs. 3 und 4 der Vorstandsbeschlüsse verlangte 10wöchige bzw. 26wöchige Beitragsleistung zum Neubezug der Ortsunterstüfung nicht unterbrochen wird. Als Quittung für diese Unterstüfung ist das (gelbe) Formular 3 zu benutzen, das statistischer Zwecke halber mit dem handschriftlichen Vermerk „Ausgefeuerter“ zu versehen ist.

Berlin, 12. Dezember 1919.

Der Verbandsvorstand.

Die Tarifausschüßigung

Wir wollten über die Steuerungsseuche in diesem dritten und vorletzten Artikel schreiben. Das kann aber nur in grobem Umriß geschehen, denn tatsächlich ist gerade der Jahrgang 1919 des „Korr.“ fast ein einziges Abbild der schrecklichen Zeitnöte, die durch den immer noch nicht perfekt gewordenen Friedensschluß, dessen Ausbleiben so viele Kriegsgefangene jetzt zu Weihnachten fern der Heimat und ihrer Familien weiter schmachten läßt, nicht nur fortbestehen, sondern beträchtliche Verschärfung erfahren haben und binnen kurzem nochmals sich erheblich verschlimmern werden. Die Friedensbedingungen in ihrer verheerenden Härte, die vom Auslande raffiniert betriebene schreckliche Entwertung unsres Geldes, das von der Landwirtschaft stets ultimativere gewordenen Verlangen nach noch größerem Gewinn, die ungläubliche Preisfreiberei des legitimen, vornehmlich aber des illegitimen Handels, und richtend auch die unausbleiblichen Ausgleichsversuche in Lohn und Gehalt sind zu einer zermalmenden Macht geworden, gegen die im buchstäblichen Sinne kein Kraut gewachsen ist. Was mit Steuerungszulagen, Wirtschaftsbefehlen oder Lohnerhöhungen dagegen unternommen wird, bleibt so lange Sisyphusarbeit, bis die Hauptfaktoren der angeführten verderblichen Erlebnisse ausgeschaltet oder unschädlich gemacht worden sind. Wann wird das sein? Wann könnte wenigstens ein Stillstand dieser unheilvollen Flut eintreten?

Die „Zeitschrift“ spricht in ihrem Artikel über die Dezemberberatung des Tarifausschusses von der Macht der

Tatsachen, die wie ein zermalmandes Tankgeschwader über alle anscheinend logisch aufgebauten Voraussetzungen hinweggeht. Der „Korr.“ läßt den Vergleich mit dem zermalmenden Tankgeschwader gelten, steht die Folgerichtigkeit davon jedoch anders, wenn er dabei auch zu logischen Hilfsbegriffen kommt, weil für die brennende Gegenwart ihm die Sisyphusarbeit noch als ein halbwegs möglicher Ausweg aus dieser grauenvollen Wirtnis erscheint.

Unsre Leser wissen, daß wir der Calwerischen Lebensmittelfachstatistik nur beschränkte Zeugnisskraft beimessen. Sie arbeitet mit nur 16 Nahrungsmitteln, erfährt somit, da 50 Proz. der Aufwendungen für die gesamte Lebensführung für die volle Ernährung angenommen werden, nicht einmal alles, was zu dem leblichen Unterhalte notwendig ist. Calwers Ausweise erhalten ihre Bedeutung eigentlich nur in der Darstellung der Preischwankungen für diese 16 Lebensmittel. In Prinzipalskreisen aber läßt man vielfach die Calwerische Statistik als Maßstab für die Kosten der Lebenshaltung gelten. Das ist ein schwerer Irrtum, der verhängnisvoll wirken muß bei Steuerungszulagenverhandlungen. Wir vermuten, die manchmal schwer mit dem gefunden Menschenverstande zu vereinbaren gewesene Hartnäckigkeit auf Prinzipalsseite, den Forderungen der Gehilfen in genügenderem Maße Rechnung zu fragen, war auf eine solche falsche Auffassung der Calwerischen Zahlen zurückzuführen. Es ist deshalb notwendig, darüber immer wieder die notwendige Klarheit zu schaffen.

Innerhalb ihrer Geltungskraft, d. h. der 16 Nahrungsmittel, aber geben Calwers Monatsberichte auch manche Anhaltspunkte auf. So hatten in der Zeit vom Juni bis einschließlich September d. J. 22 Orte eine Senkung von 30 Pf. bis zu 27,63 Mk. aufzuweisen. Wie das möglich ist, mögen die Götter wissen. Steigerungen von wöchentlich 66 Pf. bis zu 1,65 Mk. verzeichneten 8, von 2,09 Mk. bis 11,76 Mk. 42 und von 15,45 Mk. bis zu 44,22 Mk. wöchentlich 26 Orte. Viele Städte verlieren sich nach Größe und Lage ganz bunt über das Deutsche Reich. Diese kolossale Unterschiedlichkeit läßt auch vergeblich nach einer Erklärung suchen. Wenn es eine geben würde, dann nur die, daß es bei der ganzen Preisgeschichte für Lebensmittel nicht geheimer zugeht. Bedenkt man, welche Befolgungen sich für den Haushalt daraus ergeben, dann paßt einen die Verzweiflung. Dieses Material war in der Tarifausschüßigung auch den Prinzipalen zugänglich. Aus diesem Labyrinth einen noch gangbaren Weg zu finden, ist natürlich nur mit dem von Calwer festgestellten Reichsdurchschnitt möglich, der eine Erhöhung in den fünf Monaten von 17,02 Mk. oder 21,64 Proz. ergibt. Das Ganze erscheint uns jedoch als eine nichts weniger als sichere Annahme.

Für den Monat Oktober hat Calwer gegenüber dem September eine Zunahme von 4,96 Mk. gleich 5,11 Proz. festgestellt, was im Gegenlage zu der Entwertung von August zum September eine erhebliche Verringerung darstellt. Wie aber jedermann an seinem Geldbeutel schwunden merken konnte, hat es im November und im Dezember erst richtig geheißen: Wie gewonnen, so noch schneller verloren. Immer in dem Bedacht zu verstehen, daß sich das auf weniger als 50 Proz. der gesamten Lebenskosten bezieht, und deren größerer Teil das Kleinsten auch nur zu gut fertig bringt.

Was nun eintreten wird, wenn das von der Landwirtschaft der Reichsregierung jetzt abgetroffene verstärkte Anreizsystem zur Ablieferung von Brotgetreide und Kartoffeln in Erscheinung tritt, ist noch gar nicht abzusehen. Es wird nicht bei der berechneten Preissteigerung bleiben, auch hier dürfte der Handel wieder den Haupttreibach machen. Der arbeitssame Reichswirtschaftsminister Schmidt hat am 19. Dezember in der Nationalversammlung den Herrschaften, die sich für den freien Handel so gewallig ins Zeug legen, bittere Wahrheiten gesagt. Der von Dr. Hugo und Konsorten geforderte uneingeschränkte freie Wirtschaftsverkehr würde eine ungeheure Preissteigerung zur Folge haben; es müßte ein Stundenlohn von mindestens 10 Mk. gezahlt werden, dann aber würde die wirtschaftliche Kata-

strophe erst recht kommen. Er rief diesen Leuten zu, sie sollten nicht politische Geschäfte mit dem Jammer des Volkes machen. Die Regierung beißt leider nicht die Kraft gegenüber den großen Profilmachern, wie sie im kleineren, gegen die über die strengen Wuchervorschriften aufschreienden Gastwirte sich noch zu behaupten vermag. Es ist ja so weit gekommen, daß viele Waren ins Ausland gehen, lediglich zu dem Zweck, um sie zu viel höheren Preisen dann wieder einführen zu können, was, nebenbei bemerkt, auch bei dem Druckpapier schon ausgiebig betrieben wird.

Man hat nun dem ja schon länger gestellten Ultimatum der Landwirtschaft nachgeben müssen, um die Ernährungs-möglichkeit des deutschen Volkes nicht überhaupt in Frage zu stellen. Die Regierung befindet sich eben in einer ohnmächtigen Lage. Die fürchterliche eingerichteten Bauernwehren könnten gegen einen ausgeübten Zwang gar mobilisiert werden, und die Reichswehr würde dann versagen, was bei ihrer Verwendung gegen die Arbeiterschaft niemals eingetreten ist. Die in Deutschland schon so lange spielende Tragödie „Volk in Not“ wird zu einem größeren Drama.

Es sollen nun nach einem angenommenen Antrag alle Löhne, Gehälter und Renten der Verteuerung der Lebensmittel angepaßt werden. Die Reichsregierung soll in diesem Sinn auf alle Landesregierungen, Gemeindeverwaltungen und Unternehmerorganisationen einwirken. Die Zentralarbeitsgemeinschaft sollte mit dem Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 23. Dezember Stellung zu der Angelegenheit nehmen und für eine entsprechende Lohnerhöhung die nötigen Beschlüsse fassen. Was dabei herauskommen wird, erscheint uns noch zweifelhaft. Es wäre aber hier Gelegenheit geboten, die Zentralarbeitsgemeinschaft ihren Befähigungsnachweis erbringen zu lassen. Gelingt das nicht, dann könnten über die Arbeitsgemeinschaften die Akten geschlossen werden.

Es wird jetzt auch der Gedanke von neuem erörtert, die Löhne durch behördlichen Einfluß automatisch mit den Lebenshaltungskosten zu erhöhen. Eine amtliche Lebensmittelfachstatistik wird zu diesem Zweck nun endlich in Angriff genommen. Dieser Weg könnte der Steuerungsseuche wenigstens die schlimmsten Giftzähne nehmen. Es wäre so möglich, einerseits denjenigen Unternehmerorganisationen, die noch zu sehr alles unter dem Gesichtswinkel der Tragfähigkeit des Gewerbes betrachten, wie auch unsre Prinzipale, die einzig richtige Erkenntnis beizubringen, daß vor allem die Löhne den bitteren Lebensnotwendigkeiten genügen müssen, was am nachhaltigsten durch behördlichen Zwang gelassen könnte; andererseits würde bestimmten Arbeitergruppen, denen infolge ihrer Beschäftigung in lebenswichtigen Betrieben eine gewisse Rücksichtslosigkeit gegenüber der Allgemeinheit zu eigen geworden ist, ein Paroll geboten werden können. Denn wie man es auch betrachten mag, bei einem solchen Bestande der wirtschaftlichen Verhältnisse kann von einer völligen Anpassung an die Steuerungs nicht die Rede sein, dazu wären Lohnsteigerungen erforderlich, deren Höhe erschrecken macht. Die Arbeiterschaft soll aber allgemein besser in der Lage sein, sich und ihre Familien zu ernähren und als Menschen leben zu können.

Unsre Prinzipalität hat bei den jüngsten Verhandlungen alles nur berechnet, was bis zur Minute Tatsache war, und dabei ist sie noch bemüht gewesen, lieber weniger zu tun, als die nächste Zeit mit in Berücksichtigung zu ziehen. Sie kann keiner Stelle gegenüber behaupten, es wäre von ihr mehr, als der Augenblick gebietet, gelassen. Viele Lohnpolitik kann nicht, auch wenn über bestehende Schwierigkeiten nicht unterschätzend hinweggegangen werden darf, Anspruch darauf erheben, weislich und verständnisvoll zu sein, wie in der „Zeitschrift“ jetzt wieder der Eindruck erweckt werden sollte.

Das Versprechen, im Hinblick auf die äußerst eingeschränkte Möglichkeit zu mündlicher Berichterstattung diesmal im „Korr.“ eine ausführlichere Besprechung der Dezemberberatung des Tarifausschusses vorzunehmen, ge-

reute uns schon deshalb. Nicht der Arbeit wegen, die wie immer gern bis zu vollster Ausschöpfung geleistet wird, sondern weil der Raum es nicht hergeben will und auch wegen der zu etwas später eintretenden Beendigung. Man frage also unserer Zwangslage Rechnung, die durch das Infolge der Weihnachtserlage unterbrochene Erscheinen zudem nicht angenehmer wird. Auch möchten wir darauf verweisen, daß in der zuvor erschienenen Artikelserie „Streitkräfte“ usw. ein Beitrag im großen zur Beurteilung der vorhererwähnten Anschauungen im Prinzipalslager geleistet wurde.

Die Anerkennung erheblicher gesteigerter Verteuerung von Seiten der Prinzipalsführer war nach den Voraussetzungen im ersten Abschnitt dieser Nummer eine nur zu begrenzte, aber zu den vorausgegangenen Festlegungen unseres Gewerkeparlamentes (Dezember v. G., Februar, Mai und August d. G.) dennoch bessere. Bei dem im Tarifanste von den Prinzipalen, speziell von denen nunmehr zurückgetretenen Vorständen, gesetzigten Buchstaben-gesetz, war von vornherein mit Schwierigkeiten zu rechnen. Die Prinzipalsklausel vom August sah vor, daß zur Stellung eines Abbauantrags der Nachweis einer 10prozentigen Verringerung erforderlich sei. Die Gehilfenvertreter erkannten dies damals an in der Voraussetzung, daß im umgekehrten Falle der Gehilfenschaft das gleiche Recht zukäme. Als dieses Recht nun von den Gehilfenvertretern in Anspruch genommen wurde, machten die Prinzipale allerhand Schwierigkeiten. Aber so etwas gehört bei uns ja zu dem gewohnten Kampf um verhältnismäßige Nebenabköhllichkeiten. Es war damit jedoch auch eine nicht unerheblich sachliche Schwierigkeit verbunden, denn wir liegen in Deutschland mit einer amfälligen Stallfähr über den Lebenslohnunterhalt noch sehr im argen; die in Unvollkommenheit vorausgehend beleuchteten Forderungen von Calwer sind lozulagen maßgebend. Jedenfalls hatte es die Prinzipalsklausel im August leichter, ihre wenig erleuchteten Abbauanträge tagenordnungsberechtigt erscheinen zu lassen.

Gegenüber dem Dezember 1918 mit färdend geführter Auflehnung gegen die zugemutete schnelle weitere Erhöhung habe sich diesmal allerdings die Situation wesentlich gebessert. Man sprach auch gar nicht mehr von den Ernährungserschwerungen im besetzten Gebiet. Es war ferner festzustellen, daß in völliger Gegensatz zu den Augustvorhandlungen es den Prinzipalsvertretern leicht einfiel, die Provinz bleibe hinter der Großstadt nicht mehr wesentlich zurück in der Verteuerung. Ebenso stehen sie ihre alte Stellungsvorläufe, die bereits viel Erhöhung geschaffen, verhältnismäßig un schwer fallen. Das Wort Abbau war überhaupt verklungen und vertan und von der „Zufriedenheit der Gehilfen“ absolut nichts mehr zu hören. Das zermalende Tankgeschwader ist also doch nicht unüberwindbar geblieben.

Aber sonst war es nicht viel anders. Wieder erklang es in der Gegenrede auf unsere Referenten in der materiellen Hauptfrage, das Maß des Möglichen wäre mit der geringsten Forderung von 45 Mk. viel zu weit überschritten, was bei der sympathischen Sprechweise des einflussreichen Prinzipalsreferenten immer noch so hart an das Ohr klänge, als wenn die „Zellwörter“ in ihrem Nachartikel „die Maßhaltigkeit der gehilfenmäßigen Forderungen“ betont zu müssen glaubt. Das ist, wenn wir ebenso grobschlächtig uns über diese Einschätzung äußern wollten, kanakische Einheitslosigkeit. Bei den Verhandlungen der Schriftleiter um den Reichsstarif hat der führende Gehilfenvertreter trocken gemerkt, wenn das Maß der Verteuerung richtig angelegt werden sollte, müßten die Schriftleitergehälter einen Wochenlohn von 500 Mk. fordern. Wir haben nicht vorzunehmen, daß es darüber ein Erdbeben geben könnte. Was in Anbetracht der Zukunftsprognosen und der um das Volkseinkommen unbedrückten Preisforderungen der Profiführer lenklichen wie arischen Mutes verlangt werden müßte zur Lebensführung und was im Bereiche des Erlangbaren gelegen ist, ohne dafür den Maßstab unserer volkswirtschaftlich schlecht beschlagenen Prinzipalsvertreter und der gegen die Verteuerungsinflüsse immer noch publizistisch sehr passiven Zeitungsverleger anzuverknüpfen, ist ein nicht so kleiner Unterschied, denn wir alle (Schulpsichtigkeit) sind die „Gewerkschaftslogen“ nicht in letzter Reihe. Wenn jetzt in Leipzig die Freileutegehälter um 100 Mk. Erhöhung ihres Wochenlohns streifen, so wird man den hierfür Lohnlos lassen können, dieser Steigerung mit einemmal aber Bedenken der volkswirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Erfahrung entgegenhalten müssen. So wird sich immer viel Zwiespältigkeit ergeben, und so kann und muß man auch verstehen, daß in der Gehilfenschaft auf das Notwendige mehr gehalten wird als auf das auch nach unserer Auffassung ergeblicher zu bemessende Erreichbare.

Wir haben in der vorigen Nummer hervorhebend davon gesprochen, es wäre richtiger, nicht so in voller Öffentlichkeit mit Zahlen für die eingetretene Erschöpfung zu operieren. Der gegenteiligen Behauptung würden wir nicht absolut widersprechen. Denn wenn im „Korr.“ sich widersprecht, wie es in der Buchdruckerwelt brodeln und

Rechtzeitige Bezugserneuerung des „Korr.“

zum Quartalswechsel ist Voraussetzungslehre für ungefähre Zustellung. Der Preis bleibt unverändert 65 Pfennig für das Vierteljahr.

hoch, dann ist das in gewissem Sinne für die Gehilfenvertreter eine Erleichterung ihrer ja wohl nicht beneidenswerten Tätigkeit. Immerhin sollten unsere Kollegen den Buchstabenradikalismus der Prinzipalsklausel nicht etwa als einen Anreiz betrachten, durch Stillenabstufismus ihrerseits zu einem starren Prinzip zu gelangen, wie es sich auf der anderen Seite in mehr als einer Beziehung verheißt erweist. Man darf nicht immer nur das radikale Nein vernehmen.

Wie die Prinzipalsklausel von einer Klasse zur andern mit veränderlichen Handhaben arbeitete, so auch die Gehilfenschaft, zum Teil auch die Gehilfenvertretung. Die alte Behauptung in unsern Reihen, mit den Wöhnen der übrigen Arbeiter kände es um Vieles, wenn nicht überhaupt besser, hat diesmal die Probe aufs Exempel ansetzen müssen. Wir wußten im voraus, daß dieses Experiment im allgemeinen nicht so ausfallen würde, wie es viele gedacht haben. Nach den neuen Beschlüssen bemessen sich unsere Wochenlöhne in Stundenlöhne umgerechnet folgenbermaßen: In Orlan ohne Sozialzuschlag und bis zu 5 Proz. Sozialzuschlag, die 20 Mk. erhalten haben, betragen die Stundenlöhne in der maßgebenden Altersklasse C nunmehr: ohne Sozialzuschlag 2,22 Mk. Stundenlohn, mit 2 1/2: 2,24, mit 5: 2,27 Mk.; dann kommt die Zulage von 25 Mk., die bei 7 1/2, Proz. Sozialzuschlag 2,49 Mk. Stundenlohn, bei 10: 2,50, bei 12 1/2: 2,59, bei 15: 2,74, bei 17 1/2: 2,82, bei 20: 2,85, bei 25: 2,90 und bei Berlin 3,14 Mk. Stundenlohn ausmacht, wozu durch die Feiertagsbezahlung noch eine kleine, bis zu 10 Pf. anfolgende Erhöhung des Stundenlohnes eintritt. Die Stundenlöhne sind jedoch nur Mindestsätze und erfahren durch den jetzt geschaffenen Ausgleich für Söhrenlöhne wie durch die noch kommenden Sozialzuschlagsveränderungen und -verbleibungen einen nicht näher zu bestimmenden Aufschlag.

Aus den in Artikeln und Zuschriften vor der Tarifauschüßung abgegebenen Stundenlöhnen anderer Arbeiter in einer ganzen Anzahl von Orten, wofür im allgemeinen wohl nicht die ungünstigsten Beispiele gewählt wurden, ergaben sich nun folgende Durchschnittssätze für männliche Arbeiter: 1,80 Mk. Stundenlohn in 2 Fällen, 1,90: 3, 1,95: 1, 2,00: 3, 2,05: 3, 2,10: 3, 2,15: 2, 2,20: 7, 2,25: 5, 2,30: 7, 2,35: 4, 2,40: 8, 2,50: 11, 2,55: 1, 2,60: 8, 2,65: 2, 2,70: 2, 2,80: 1, 3,00: 2 und 3,10 Mk. in einem Fall. Es strapaziert mitunter, welche Arbeitergruppen noch einen verhältnismäßig niedrigen Stundenlohn haben. Die Prinzipale hatten diese Einkunftsrechnungen im „Korr.“ genau gelesen und gut darüber Nachrechnungen angestellt. Sie sagten dann auch mit Selbstbefriedigung, nun wären ja die Buchdrucker nicht mehr zurück hinter den andern Arbeiter; bemerkten, wie unrichtig es sei, aus andern Gewerben die Spitzenlöhne aufmarschieren zu lassen zur Vergleichung, die seien doch bei uns ebenfalls vorhanden, wobei die Rotationsdrucker und die Maschinenleger erdahnungsweise genannt wurden; außerdem sei zu bedenken, daß die Grundlöhne an sich nicht unbedeutend Erhöhung gefunden hätten, weil niemand mehr zum Minimum anfangen wolle. Das letztere Moment könnte wohl am ehesten angefochten werden, an dem andern ist nicht viel zu bestreiten.

Was wir in Schrift und Wort immer erklärt haben, ist nun von den Kollegen selbst durch ihre im „Korr.“ vorgebrachten Beweiskräfte erhärtet worden: Die Buchdrucker sind nicht die letzten in der Bezahlung! Wir lagen aber den Prinzipalen, wie bereits früher, daß wir in jedem Betracht mehr voraussehen müßten. Das zu Ende gehende Jahr hat uns indes darin beträchtlich gelberkt.

Nun ist es richtig, daß unter diesen Arbeiterkategorien ein Teil sich wieder in Lohnbewegungen befinden wird, die andern haben aber auch Abschlus bis Ende März, ob sie dann so kurze Fristen haben werden wie wir, kann bezweifelt werden. Wenn das zermalende Tankgeschwader auch weiter in dem Prinzipalsorgan Wafelgeschellen von sich gibt, dann werden die Prinzipale es verstehen, wenn legal auf zentraler Wege beratschlagt wird, wie der größeren Gefahr weiter ausgewichen werden kann, nachdem der Anreiz zu einer etwas größeren Leistung abermals trotz schäblicher Kurbelung nicht zu bewerkstelligen gewesen ist. Besser wäre es, der hebbürliche Apparat funktionierte recht bald. Dann müßte es aber auch gelingen, zu besseren Ergebnissen zu gelangen wo jetzt bei den Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberbund und den Angestellten in Halle a. d. S. vor dem Schlichtungsausschusse, wofolbst Zuschläge von 15 bis 30 Proz. bei 5 Proz. Wertminderung für Unverheiratete zu den bestehenden Angestelltenstarifen herausgeprelungen sind, allerdings rückwirkend bis 1. November. Da wir im Mindestfalls 25 Proz. Erhöhung erreicht haben aus einem, müßte man bei fremder Geburtslöhne mehr erwarten, und ob die

im „Korr.“ angeführten Arbeitergruppen sämtlich bei weiterem Vorgehen das erreichen werden, womit wir nicht zufrieden sein können angelichts dessen, was kommt, ist auch noch nicht heraus.

Das zur Beleuchtung des materiellen Hauptfehls, der nicht allein unter dem Gesichtspunkte des Verteuerungsmahes zu bewerten ist. Für die Verhandlungen selbst und über die Striesorganisations der Prinzipale und Zeitungsverleger müßten wir doch noch einmal in der nächsten Nummer die Feder ansetzen.

„Für die Kontorangestellten in Druckereien!“

Der unter diesem Titel in Nr. 140 des „Korr.“ gebrachte Artikel hat sicher bei den Kollegen in Druckereikontoren viel Beifall gefunden. Denn die Tatsache, daß sich die Kontorangestellten betrefis Bezahlung bei weitem schlechter stellen als die Kollegen am Rollen und an der Maschine, wird wohl überall zutreffen. Wir sind ja zum größten Teil auf das „Wohlwollen“ der Arbeitgeber angewiesen, und was man davon zu halten hat, werden die Kollegen am eignen Leibe schon gespürt haben. Für uns sorgte niemand. Hier und da gab es auch wohl kaufmännische Organisationen, die Tarife durchdrückten, aber den technischen Angestellten wenig nubten wegen der niedrigen Gehaltsstufen.

Da kann nur und muß der Verband eingreifen. Es heißt hier nicht nur den Verbandskollegen in Kontoren zu helfen, sondern auch, diese Pösten, auf die technisch gelernte Kollege ein Recht hat, den Buchdruckern zu erhalten! Im Laufe des letzten Jahres sind die Kontorposten der Druckereien erfreulicherweise immer mehr mit Buchdruckern besetzt, und jeder eintreffende Arbeitgeber erkannte bald den Vorteil, den die technisch gebildete Kraft für die Kontorarbeit mitbringt. In die Kontore der Druckereien gehören Fachleute und nicht einseitig ausgebildete Stauflente.

Doch wer hat heutzutage noch Lust, sich um diese wohl verantwortungsvollen, aber schlecht bezahlten Pösten zu bewerben, wenn man als praktisch Tätiger mehr verdienen kann? Mancher Kollege hat aus diesen Gründen wieder umgestaltet und ist in den Betrieb zurückgegangen. Diese Entscheidung wird, wenn nicht bald Hilfe seitens der einseitigen Organisation, die die Macht dazu hat, geleistet wird, sich häufen. Die Folge wird sein, daß in den Druckereikontoren wieder rein kaufmännische Kräfte einziehen; zum Schaden unserer Organisation, wie überhaupt unseres Gewerbes.

Wollte sich kann innerhalb unserer Verbandsorganisation eine besondere Sparte gebildet werden, die sich mit dieser Angelegenheit befaßt. Aber Eile tut not!

G.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Dessau. Im Gegenla zur Erhöhung vom Oktober die wegen ihrer Geringsfügigkeit lebhaften Anstoßen her vorgegriffen habe, erklärte sich die Dessauer Kollegenchaft unter den obwaltenden Verhältnissen mit den jetzt erteilten Zulagen einverstanden.

Hamburg-Altona. (Versammlung am 30. November im „Gewerkschaftshaus“.) Unter „Verständem“ gebachte Vorleser Dr. Runkler eines Teil der letzten Versammlung verstorbenen Druckerinvaliden und eines im Krieges vermißten Kollegen. Arbeitslos sind 108 Seher, 84 Drucker, 4 Maschinenleger, 7 Schweißergesellen, 5 Elektrentypen und 2 Korrektoren. An Weihnachtunterstützungen wurden bewilligt: an Arbeitslose: Verheiratete 18 Mk., für jedes schulpflichtige Kind 3 Mk., an Ledige 13,50 Mk. an Zurückreisende 9 Mk., an Arbeiterfrauen 18 Mk., an gefangene Kollegen 30 Mk.; verheiratete Kranke erhalten 30 Mk., ledige 20 Mk.; Invaliden 20 Mk. Ein Antrag, sämtlichen Kollegenwitwen eine Weihnachtsgabe von 20 Mk. zu geben, wurde nach längerer Debatte angenommen. Dem Karstellbericht erstattete Kollege Thorschauer. In längerer Ausführungen gab Redner einen Bericht über die im letzten Halbjahr abgefallenen Kartellführungen. An der sich hieran anschließenden Debatte wurde von allen Rednern lebhaft gefordert, daß in dem in Arbeit befindlichen Bestrebergesetz die Rechte der Arbeiter möglichst erweitert werden. Es dürfte nicht angehen, daß man nach und nach wieder fettige, was die Revolution uns gebracht. Zur Abwehr solcher Verschlechterungen bedürfte es aber dringend der Einigkeit der Arbeiter. Jeder Kollege müßte das Bestreben haben, Zersplitterungsbestrebungen von der wirtschaftlichen Organisation, der Gewerkschaft, fernzuhalten. Kritik solle und müsse geübt werden, aber alle Differenzen müßten in sachlicher, kollegialer Weise innerhalb und nicht außerhalb der Gewerkschaften erledigt und ausgeglichen werden. Kollege Eckstein ersuchte die Kollegen, welche arbeitslos werden, ihre Entlassungsscheine von den Vertrauensleuten oder Betriebsräten nachlesen zu lassen, damit ausgemerzt werde, was zur Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung führen könnte. Die Versammlung war sehr gut besucht.

Leipzig. Vor überfälliger Versammlung berichtete Kollege Wogenitz am 17. Dezember über die Verhandlungen des Karl-Lauschusses, die von lebhaftem Widerspruch unterbrochen. Scharf verurteilte er die rückwärtigen Anhalten der Prinzipale und wies dabei auf die Schwierigkeiten der Verhandlungen hin, die mehrmals auf dem selben Punkt angekommen wären. Er betonte besonders,

daß die Gehilfenvertreter alles getan hätten, das Mögliche für die Gehilfenchaft herauszuholen. Im das Gewerbe vor schweren Erschütterungen zu bewahren, mußte die Gehilfenchaft den Abmachungen zustimmen. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion brachte Kollege Bauerle (Präsident) Gegenüberstellungen der vor dem Kriege üblichen und der jetzigen Lebensmittelpreise und sahle seine Ausführungen darin zusammen, daß wir uns mit der Zulage auf keinen Fall zufriedengeben könnten, da diese in keinem Verhältnis zu der gegenwärtigen Teuerung stehe. Er unterbreitete der Versammlung daher folgende Resolution: „Die am 17. Dezember 1919 tagende Gauhilfsber-Versammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem spärlichen Resultat der Tarifauschubhülfe in Bezug auf die Teuerungszulagen, die in keinerlei Verhältnis stehen zu der allein in den letzten Wochen eingetretenen Verleuerung auch nur der allerersten wesentlichen Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände. Das Ergebnis ist den Verammelten ein neuer Beweis, daß das System der Tarifgemeinschaft nicht als Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterchaft gelten kann, daß vielmehr alle daran angelegt werden muß, um den Kampf um die Produktionsmittel, um die Befreiung des Kapitalismus mit aller Schärfe durchzuführen. Die Versammlung fordert ihre Organisationsstellung und den Gehilfenvertreter auf, durch folgende neue Verhandlungen ein der Leipziger Kollegenchaft das Minimum höherer Wohnkosten zum Abzwecke zu bringen.“ In der nachfolgenden, sehr ausgebreiteten Diskussion drückten die Kollegen Keimer, Morgs, Schneider, Hilger, Söner, Gläß, Binkenstein ihre Anzusehens bzw. Entzählung über das Ergebnis der Tarifauschubverhandlungen aus. Sie stellten der unzulänglichen Teuerungszulagenerhöhung die eingeforderte weitere Verleuerung der gesamten Lebenshaltung gegenüber, schloßen dabei drastisch die Notlage der Gehilfenchaft und sprachen im Sinne der Bauerle'schen Resolution (welche andere Resolutionen fanden nicht die erforderliche Unterstützung), je nachdem die Anwendung der schärfsten Mittel empfehlend. Andererseits wandten sich die Kollegen Strahl und Heilerbach gegen diese Ausführungen, obgleich das Erreichte würdigend, auf die allgemeine Mäßigung im Prinzipalslager hinweisend, was die drückenden Bewegungen am meisten bewerkstelligt hätten. Die wirtschaftliche Situation und die noch zunehmende Kohlen- und Papiernot beunruhigten beide und warnten unter Hervorhebung größter Bedingtheit des diesmahligen Abzweckes in seiner Kürzlichkeit einbringlich vor Annahme der Bauerle'schen Resolution. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Bogentz und nachdem Kollege Engelbrecht ausdrücklich festgestellt hatte, daß von Seiten der Antragsteller gegenwärtig an einen Streik nicht gedacht wurde, wurde die Resolution Bauerle angenommen. Die Berichterstattung über die Gausvorleberkonferenz wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Gtraunterstützungen an Weichnachts wurden beschlossen in Arbeitslose: lebende 20, verheiratete 30 Mk.; Kranke: lebige 30, verheiratete 50 Mk.; Invaliden: 80 Mk. Arbeitslose und Kranke insoweit, als sie in der Weichnachtswoche arbeitslos bzw. krank gemeldet und im letzten Vierteljahre mindestens vier Wochen krank bzw. arbeitslos waren. Die Witwen der gefallenen und die Frauen der noch in Gefangenschaft befindlichen Kollegen erhalten je 50 Mk. Zur teilweisen Kostenbedeckung wird auf vier Wochen ein wöchentliches Gtrabeitrag von einer Mark erhoben. Dieser einstimmige Beschluß wurde mit lautem Beifall angenommen.

Leipzig. (Schriftschneider.) In der sehr auf beachtlichen Versammlung am 20. November wurde nach Erlebigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten der Bericht über die Verhandlungen zum Reichsarbeitstag, Vorsitzender Heile erläuterte eingehend die Schwierigkeiten, die im beiderseitigen Interesse dabei zu überwinden waren. Wenn auch nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen sind, so erklärten sich doch die Kollegen mit dem Erreichten zufrieden. Der Akkordarbeit für Bohrer und Sandhändler konnte infolge der Bahnsperre nicht verhandelt werden. Eine Sonderkommission wird diese Arbeit erledigen. Die Einführung des angenommenen Reichsarbeits ist in allen Gbeleichen erfolgt. Aber die Einführung der Schriftschneiderprinzipalen schweben noch Verhandlungen. Der im November vorgenommene Anschluß an die Arbeiterpartei hat durch den Eintritt der in Frage kommenden Kollegen keine Erlebigung gefunden.

Magdeburg. In der Versammlung gab unter Gehilfenvertreter Hugo Böhm (Kalle) seinen Bericht über die Tarifauschubhülfe. Als Ergebnis der Auszweckung wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 16. Dezember 1919 tagende, starkbesuchte Versammlung der tariflosen Gehilfen Magdeburgs erklärt nach Anhörung des ausführlichen Berichts ihres Vertreters, daß die erreichten wöchentlichen Zulagen von 25 bis 28 Mk. das Mindeste darstellen, dem die Gehilfen in Anbetracht der enormen Teuerung zustimmen können. Wenn wir auch die schwere Lage des Gewerbes nicht verkennen, so hätten wir doch noch die Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung erwartet, um dadurch der vorhandenen Verschuldung der Gehilfenchaft wenigstens etwas abzuhelfen. Die Versammlung bedauert, daß es auch diesmal wiederum nicht gelungen ist, einen höheren Vorkaufslager für Magdeburg zu erreichen. Wir erklären hiermit, nicht eher ruhen zu wollen, bis den berechtigten Forderungen der Magdeburger Gehilfenchaft in dieser Hinsicht Rechnung getragen ist. Ebenso bedauern die Anwesenden, daß eine Verleigerung der Arbeitszeit nicht erfolgte, die zur Unterbringung der Arbeitslosen unbedingt notwendig ist. Die Lithographen und Steinbrücker, die oft in einem Betriebe mit Buchdruckern zusammen arbeiten, haben schon jetzt eine tariflich kürzere Arbeitszeit. Den Gehilfenvertretern spricht die Versammlung trotz

des wenig befruchtenden Ergebnisses für ihre ankämpfende und mühevollen Tätigkeit ihre Anerkennung aus.“

Mannheim. In der Bezirksversammlung am 27. September wurden von sechs Kollegen, die sich zur Aufnahme gemeldet hatten, zwei aufgenommen. Die übrigen wurden, weil nicht anwesend, zurückgestellt. Die Erlebigung des Grundlohnbes erfuhr hierorts keine Beanstandungen, nur in Weinheim wurde nachträglich die Zahlung verweigert, entsprechende Schritte werden unternommen. Ein wachsameres Auge wird auf die von den Prinzipalen eventuell geplante Einschränkung der Arbeitszeit, um Entlastungen vorzunehmen, zu richten sein. Dem Gesangsverein „Appograpla“ wurde auf Antrag das Dirigenzgehalt als Zuschuß aus der Bezirkskasse gewährt. Die Abrechnung der Bezirkskasse ergab einen Kassenbestand am Ende des zweiten Quartals von 9853,48 Mk.; die Mitgliederzahl betrug 493. Die Anträge für den Gaus wurden einer kritischen Besprechung unterzogen. Von der Versammlung wurden 15 Kollegen als Delegierte zum Gaus vorgeschlagen, von denen 10 in Abstimmung zu wählen sind. Beim Bibliotheksbericht, der gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Leserschaft ergab, wurde der Wunsch laut, bei Neuanfassungen Fachliteratur und Sozialwissenschaft zu bevorzugen. Unter „Verleberbenem“ kam der Marktzugewinn bei einer Firma zur Sprache. Es wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß letzterer auf ein Minimum beschränkt bleibe, was eben nicht zu umgehen sei. Zum Schluss erluchte der Vorsitzende die Kollegen, sich zur Teilnahme an den abzuhaltenden Verleberkursen zu melden. — In der Bezirksversammlung am 28. Oktober wurden, soweit anwesend, drei Kollegen aufgenommen. Die Tagesordnung des Gaus kam leitens des Vorsitzenden zur Verleung und wurde einer Besprechung unterzogen. Kollege Vorsag gab hierauf einen Bericht über die letzten Kartellkämpfe, die sich u. a. mit der Einrichtung der Verleberkursen und der Erwerbslosenfrage befaßten, letztere zählte eine längere Diskussion, in welcher auf die Auswülfte hingewiesen wurde, die durch die großenteils unorganisierten Arbeiterlosen hervorgerufen wurden. Allseitig kam zum Ausdruck, daß es notwendig war, daß sich die Gewerkschaften der Frage der Erwerbslosen annähmen und den von letzteren gewählten Arbeitslosen durch eine Gtraerkommission erst haben und daß Arbeitsbeschaffung die beste Erwerbslosenssorge ist. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die traurige Lage der Erwerbsfähigen durch eine Reform der Reichsversicherungsordnung gemildert und die Verleberkursen als anerkanntes Abteil bestelligt werden. Zu den Verleberkursen haben sich 15 Kollegen, 7 Verpflichtete und 8 Freiwillige gemeldet. Das Revisorat wird auf Vororschlag des Vorstandes für alle Teilnehmer aus der Bezirkskasse beschligt. Über den Fortgang der Kurie soll leitens der Teilnehmer abwechselnd Bericht gegeben werden. Nachher unter „Verleberbenem“ Kollege Schmidt auf die befruchtlich angeordnete Verleung der Arbeitszeit zwischen 8 bis 8 Uhr und Kollege Philipp auf gemeinsame Bestimmung der Verbandsgeldhöhe hingewiesen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

pt. Meffe. Am 15. November lernte der hiesige Ortsverein sein 25jähriges Bestehen durch ein Familienfest, das gut besucht war. Leider hinterließ die Verleberkur die Vertreter unfres Gaus und die auswärtigen Kollegen an Ercheinen. Nach dem Verleigen mehrerer Konversationsgespräche wühlte der Vorsitzende die Anwesenden und gedachte die im Weltkrieg gefallenen hiesigen Kollegen, ihnen einen ehrenden Nachruf widmend. Weiter berichtete er über die Lebensfähigkeit unfres Ortsvereins während des Krieges. Die Freude hielt Kollege Müller, der ein anschauliches Bild über Zweck, Ziele und Tätigkeit unfres Verbandes und des hiesigen Ortsvereins entwarf. Er berichtete ferner über die sachliche Fortbildung der Kollegen durch den im Jahre 1907 gegründeten „Graphischen Zirkel“ und übermüßte schließlich die herzlichsten Glückwünsche des Gaus und Bezirks. Darauf fand die Erleung der anwesenden Jubilare, Kollegen Wagnow, Müller, Morawitz, statt. Es wurden ihnen Silbersträußen und Ehrenbleie überreicht. Von den eingeladenen Gästen sprach Herr Buchdruckereibesitzer Peters ebenfalls die herzlichsten Glückwünsche aus, womit die offizielle Gelezer endete. Beifall, Verleung und Gesangsvoorträge bildeten den Schluss des Abends. — Am 16. November fand hier eine allgemeine Druckfachsenausstellung statt, die vom Vorsitzenden mit einer Anzweckung beschligt wurde. Von den städtischen Korporationen waren u. a. Herr Oberbürgermeister Dr. Franke und Bürgermeister Dr. Wernbrunn vertreten. Im Frühjahr 1920 findet hier eine Ausstellung drückter Erzeugnisse statt, um zu zeigen, daß auch in Meffe das Buchgewerbe auf voller Höhe steht.

Kr. Potsdam. An Stelle der vom Ortsvereine Potsdam für den 13. Dezember einberufenen ordentlichen Generalversammlung fand am selben Tage im Restaurant „Königssee“ eine kombinatorische Versammlung der Ortsvereine Potsdam-Neubabelsberg statt, um den Bericht unfres Gausvorlebers und Gehilfenvertreters Hannack (Stein) über die am Nachmittage beendigten Verhandlungen des Tarifauschubes entgegenzunehmen. Erster Vorsitzender Matzke (Potsdam) eröffnete die gutbesuchte Versammlung und erstellte Kollege Hannack das Wort zu seinem Bericht. In eingehenden Ausführungen gab er ein ausführliches Bild über die Verhandlungen, welche sich abermals recht kritisch gestalteten und beinahe reiflos verlaufen wären. Wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegen in Erfüllung gegangen seien, so bedeute doch das Erreichte auf friedlichem Wege ein großer Fortschritt für unfre Kollegen. Lautlose Stille

herrschte während der Ausführungen und die zahlreich erschienenen Kollegen lobten selbige mit reichem Beifall. In der Diskussion, die sachlich und kurz geführt wurde, kam zum Ausdruck, daß man sich in Anbetracht der ganzen wirtschaftlichen Situation wohl mit dem Ergebnis abfinden müsse, obwohl daselbe noch lange nicht ausreichte, um als Buchdrucker und überhaupt als Mensch leben zu können. Auch wurde die Verleberkur der Lokalzuschlagsangelegenheit einer Kritik unterzogen. Im Schlusswort drückte Kollege Hannack seine Freude über den sachlichen ruhigen Verlauf der Versammlung aus in der Hoffnung, daß auch fernerhin die Kollegen einig und geschlossen beieinanderstehen mögen zur Stärkung unfres Organisation. — Infolge der vorgeleiteten Stunde war es nicht mehr möglich, in die Tagesordnung zur Generalversammlung einzutreten. So wurden nur bringliche Punkte noch erledigt, u. a. Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags um 20 Pf. ab 1. Januar sowie einige interne Angelegenheiten. Die nächste Versammlung im Januar soll als Generalversammlung stattfinden.

e. Stuttgart. Die am 10. November abgehaltene Mitglieder-Versammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. In dieser Hinsicht lag gegenüber den früheren, vor dem Kriege bestehenden Zuständen merktlich Besserung wahrzunehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Druckerkollegen Carl Barthelmeß geehrt. Umfangreiche „Verlebermittlungen“ bildeten den ersten Verhandlungspunkt. Die ins Anbetracht gestellten Lebensmittelpreise usw. und die durch die Kohlennot verursachte Gas- und Stromsperr, dadurch einzelhöre Kurz- und Durchzweckung, verbunden mit erheblichem Lohnausfall, zogen wie eine endlose Papierrolle durch die Auszweckung. Erstliche Vorgänge zählten befruchtlich der Durchzweckung eine Resolution, welche als Grundlage bei einer Auszweckung bei der Verleberpflicht dienen soll. Die Aufstellung von Kandidaten zum Gausvorleber war rasch erledigt. Von den bisherigen Mitgliedern lernten drei eine Wiederwahl aus Alters- bzw. Geschlechtsrücksichten ab. Alle anderen wurden wieder aufgestellt. Die Reihenfolge auf dem Wahlzettel wurde durch das Los bestimmt. Die Verleberprüfungscommission wurde neu gewählt. Sie besteht nun aus acht Gehern und acht Druckern. Die Kontrollkommission für den partikällischen Arbeitsnachweis wurde gemäß dem Ausschreiben des Tarifamts gewählt. Punkt 3 der Tagesordnung: „Berichterstattung vom Gaus“, wurde in eine Vertrauensmännerversammlung vertagt. Die Berichterstattung wurde auch hier auf unbestimmte Zeit im Hinblick auf die Verlebererstattung durch den „Storr.“ und auf die baß erledigten gedruckten Sitzungen vertagt. Die weitere Auszweckung erfolgte vorbildlich ohne Unterbrechung. — Am 20. November fand eine vollständig besuchte Vertrauensmännerversammlung statt, welche überreichlichen aktuellen Stoff zu beraten hatte. Gausvorleberkonferenz, Tarifauschubhülfe standen im Vordergrund; die Durchzweckung fand befruchtliche Erlebigung. Strom- und Gasantrag haben eine leibliche Besserung erfahren; doch haben Druckerei und namentlich Maschinenfabriker immer noch größte Schwierigkeiten und äußerst unzulängliche Arbeitszeit zu bestehen.

Welm. Am 14. Dezember tagte hier eine Konferenz der Bezirksvorleber des Gaus Ostland-Ehringen, um vor allem den Bericht des Gausvorlebers Prox über die letzte Gausvorleberkonferenz entgegenzunehmen. Dieser entlegte sich seiner Aufgabe in ausführlicher Darlegung des dort Verhandelten. Die Auszweckung hierüber bezog sich in zunehmendem Sinne auf alle den behandelten Fragen. Das Ergebnis der Tarifauschubverhandlungen wurde einer kurzen, nichtsdestoweniger aber treffenden Kritik unterzogen, die in der Annahme einer Resolution Ausdruck fand: „Die Bezirksvorleberkonferenz des Gaus Ostland-Ehringen erkennt an, daß die Gehilfenvertreter ausschließlich im Gehilfeninteresse im Tarifauschube gewirkt haben. Daß das materielle Ergebnis ein unbefriedigendes für die Gehilfen ist, muß die Konferenz dem unzulänglichen Verständnis der Prinzipalpäkt zuschreiben. Die Konferenz empfiehlt den Gauskollegen, das Beschlossene nach Lage der Dinge anzunehmen.“ Einer Anregung, auch in unfrem Gau Kinderbiterreichtlicher Kollegen zur Erholung aufzunehmen, soll nachgenommen werden. Die Bezirksvorleber sollen abdrufen hilfsbereiter Kollegen entgegennehmen und an den Gausvorleber weitergeben, der dann das Weitere veranlassen wird. Nach Besprechung unfres Bezirks- und Gausangelegenheiten wurde über die Frage der Abhaltung unfres nächsten Gauses gesprochen und beschlossen, diesen am 11. und 12. April in Welm. stattfinden zu lassen. In Anbetracht der von Grund aus veränderten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der damit bedingten notwendigen Organisations- und Aufzweckungsarbeit auch in unfren Kreisen erörterte die Konferenz die Frage wegen Aufstellung des Gausvorlebers, noch dann auch dem Verwalter eine Liste beigegeben wurde. Dem Gaus wurde dabei der Antrag auf Aufstellung der Gausvorlebers vorgelegt werden. Gausvorleber Prox erklärte sich bereit, die Geschäfte des Vorlebers und Verwalters provisorisch bis zum nächsten Gause weiterzuführen zu wollen. Ein Überblick über den Stand der Gausliste zählte einen Rückgang im ersten und zweiten Vierteljahre. Die Mitwirkenden hat trotz der großen zum Teil außerordentlichen Leistungen wieder eine Vermögenszunahme aufzuweisen. Von den von der Hauptverwaltung dem Gau zu Verwaltungsverzwecken überreichten 5000 Mk. sollten erhalten die Bezirke Alzenburg 200 Mk., Gtraut 325 Mk., Vera 325 Mk., Gstra 350 Mk., Gtra 225 Mk., Koburg 150 Mk., Naumburg 100 Mk., Welm. 125 Mk.; der Rest blieb in der Gauskassa. Der auf unfrem Gau entfallende Beitrag der Spende unfres deutsch-amerikanische Kollegen soll nach Vorschlägen durch die Bezirksvorstände

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1918

Der Jahresbericht über die Entwicklung der freien Gewerkschaften im Jahre 1918 bezeichne einleitend das Jahr 1918 als einen Wendepunkt in der Entwicklung der Arbeiter. Für Deutschland endete es mit einer Katastrophe, mit dem Sturz in den Abgrund, an dessen Rand es die früheren Machthaber in wahrstimmiger Verbrennung geführt hatten. Das Jahr 1918 leiste ein mit der gesteigerten Hoffnung auf einen baldigen Verständigungsfrieden. Diese Hoffnung wurde bekräftigt durch die Beendigung des Krieges mit Ausland. Leider kam alles anders. Dem Zusammenbruch der militärischen Front folgte die politische Umwälzung im Innern, aber die junge Republik wurde zur Konkursverwaltung der unter der alten Herrschaft völlig ruinierter Wirtschaft. Die Arbeiterschaft kämpfte, von der Not getrieben, mattenhaft den Gewerkschaften zu. Die Lohnbewegungen überstiegen sich, es garte und brodelte an allen Ecken und Enden des Reiches. Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften, die im vierten Quartal 1916 mit 934834 den tiefsten Stand erreicht hatte, erholte sich nach Kriegsende im vierten Quartal 1918 einen beispiellosen Aufschwung. Sie stieg bis Ende des Berichtsjahres auf 2858053. Der höchste Mitgliederstand vor dem Kriege betrug am Schlusse des zweiten Quartals 1913 2576608. Ende 1918 zählten die Gewerkschaften 2858053, am Schlusse des Jahres 1917 1264661. Gegenüber dieser Zahl war also eine Vermehrung von 1593392 Mitgliedern gleich 126 Proz. eingetreten. Nach den von den Verbänden während des Krieges vielfach öffentlich gemachten Feststellungen über die Zahl der Mitglieder der Einzelgewerkschaften und der Arbeitslosen waren Ende 1918 1060000 Mitglieder als noch nicht vom Kriegsende her zurückgeführt angegeben, während die Statistik für das dritte Quartal die Mitgliederzahl der Einzelgewerkschaften mit 1412837 verzeichnet. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 330,063 Ende 1917 auf 657002 am Jahreschlusse 1918, sie vermehrte sich um 326939 gleich 90 Proz.

Die Entwicklung der Finanzverhältnisse der Gewerkschaften im Vorjahre kann als erfreulich bezeichnet werden. Die Ausgaben sind zwar gegen das Jahr 1917 um 12948845 Mk. gestiegen, dagegen haben sich aber die Einnahmen um 20361504 Mk. vermehrt, und der Vermögensstand erhöhte sich um 10058897 Mk. Die Einnahme lebte sich zusammen aus 916944 Mk. Eintrittsgeldern, 44854028 Mk. Verbandsbeiträgen, 7992089 Mk. Lokalbeiträgen, 217499 Mk. Ertragsbeiträgen, 3782813 Mk. Sinesen und 1787539 Mk. sonstigen Einnahmen. Die Ausgaben waren von 1914 bis 1917 entsprechend den verminderten Einnahmen ständig gesunken. Mit dem Jahre 1918 trat wieder eine erhebliche Steigerung ein. Das Zurücktreten der Heeresmächte nach eingeleitetem Waffenstillstand, die damit in Verbindung stehende plötzlich eingetretene ungeheure Arbeitslosigkeit halfte die Gewerkschaften vor große finanzielle Anforderungen, deren volle Auswirkungen erst die Jahresstatistik über 1919 erkennen lassen wird.

Es wurde 1918 verausgabt: für Unterstützungszwecke (ohne Streikunterstützung) 16218150 Mk., oder pro Kopf 9,84 Mk., Verbandsorgan und für Bildungszwecke 3270563 Mk., oder pro Kopf 1,98 Mk., für Migration, Druckschriften, Beiträge usw. 7433556 Mk., oder pro Kopf 4,51 Mk. Die Verwaltungskosten der Hauptverwaltungen, persönliche und sächliche, beliefen sich auf 3032054 Mk., oder pro Kopf auf 1,84 Mk. und die der Zahlstellen und Gane auf 11033837 Mk., oder pro Kopf auf 6,69 Mk. Die Herstellungskosten der Verbandsorgane sind von 1940769 Mk. im Vorjahr auf 2699751 Mk. im Berichtsjahre gestiegen. Die Ausgabe für Unterstützungszwecke ist gegen das Vorjahr auf 5453958 Mk. gewachsen. Der Löwenanteil dieser höheren Ausgabe entfällt auf die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. An Arbeitslosenunterstützung wurden 2583040 Mk., oder pro Kopf des gesamten Mitgliederbestandes 1,57 Mk. verausgabt. 1917 betrug die Aufwendung dafür nur 719607 Mk., oder pro Kopf 0,66 Mk., das ist eine Steigerung von 1863433 Mark oder 0,91 Mk. pro Kopf. Auch die Kosten für die Krankenunterstützung sind erheblich gewachsen. Sie betragen 1918 8868225 Mk., oder pro Kopf 5,38 Mk. Es wurde weiterhin an Unterstützung verausgabt: für Reiseunterstützung 35203 Mk., Umzugskosten 117396 Mk., Invalidenunterstützung 517509 Mk., Beihilfe in Sterbefällen 2006199 Mk., Unfallunterstützung 308257 Mk., Unterstützung an Familien der Kriegsteilnehmer 1645894 Mark, Lohnbewegungen und Streiks 472516 Mk. Die Kosten des Rechtsschutzes betragen 106660 Mk. und für Unterstützung Gewerkschaften wurden 29767 Mk. aufgewendet. Die Ausgabe für Invalidenunterstützung verringerte sich gegen 1917 um 9743 Mk. und die Familienunterstützung um 1010818 Mk. Die Gesamtausgaben der freien Gewerkschaften beliefen sich im Jahre 1918 auf 41460676 Mk. In dieser Summe sind nicht enthalten die Ausgaben der Hausanstellungen, der Landarbeiter und der Eisenbahner.

Der Vermögensbestand bezifferte sich auf 80776316 Mark (ohne das Verbandsvermögen der Metallarbeiter,

der größten Gewerkschaft, die darüber keine Angaben veröffentlicht).

In ihrer Entwicklung haben sich die freien Gewerkschaften als die kraftvollsten Interessensvertretungen der Arbeiterschaft erwiesen, und weit darüber hinaus können sie auch als machtvolle Förderer wahrer Kultur angesehen werden. In harten Kämpfen und mit zäher Ausdauer stritten sie für die Gleichberechtigung der Arbeiter als Menschen dem Unternehmertum gegenüber, haben die Lebenslage der Arbeiterschaft durch Erämpfung besserer Lohnbedingungen und Verkürzung der Arbeitszeit. Sie förderten die sozialen Einrichtungen und boten ihren Mitgliedern einen Schutz in vielen Nöten des Lebens. Vor allem aber waren die Verbände für die Arbeiter eine Stätte der Bildung und der Schulung. Wenn die Arbeiterschaft beim Ausbruch der Revolution die Macht besaß, die Geschicke des deutschen Volkes in ihre Hände zu nehmen, so entfällt ein großer Anteil zu dieser Machtwortstellung auf das Wirken der Verbände. Eine spätere Zeit wird gerade dieses Moment besser zu würdigen wissen, als es gegenwärtig geschieht. Auch die Tatkraft der Gewerkschaften während des Berichtsjahres war lebhaft geteilt von dem Gedanken, die Macht der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften über die schwere Zeit des Krieges hinaus zu erhalten. Die Früchte dieser Tatkraft reifen bereits vor Ausbruch der Revolution. Nicht aus Wohlwollen für die Arbeiterschaft gingen die Arbeitsgeberorganisationen mit den Gewerkschaften den Schritt der Arbeitsgemeinschaften ein, sondern in dem Bewußtsein, daß den Gewerkschaften die Anerkennung als mitbestimmende Faktoren im Produktionsprozess auf die Dauer nicht mehr verweigert werden kann. Nicht gegen sie, sondern nur mit ihnen kann der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens erfolgen. Mit dem Ausbruch der Revolution endete ein geschichtlicher Abschnitt in der Entwicklung der Gewerkschaften. Ein neues Werden ringt sich aus den schweren Wehen der Gegenwart heraus. Die Gewerkschaften werden auch die neuen Aufgaben lösen, wenn das Vertrauen zu ihnen von Parteiführern und Pflichten nicht untergraben wird.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1918

Die Statistik der Gewerkschaftskartelle über das Jahr 1918 ist die letzte der Kriegszeit. Sie umfaßt folglich noch ein volles Kriegsjahr. Erst der Waffenstillstand, der dem blutigen Ringen zunächst ein Ziel setzte, auch bereits im November ein, so waren damit doch noch nicht alle Kriegsercheinungen völlig befristet. Die beschleunigte Durchführung der Demobilisation, besonders aber der Zusammenbruch der alten Staatsverfassung und die Revolutionen ließen die Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben zunächst in den Hintergrund treten. Die Gewerkschaftskartelle wurden von dem langandauernden Kriegszustand schwer betroffen. Summa die Tätigkeit der kleineren Kartelle wurde infolge des gewaltigen Kräfteentzugs fast völlig unterbrochen und die Tätigkeit der mittleren stark behindert. Die Zahl der tätigen Kartelle ging immer mehr zurück.

Die Statistik des Jahres 1913 wies 771 betrieblige Kartelle auf; diese Zahl ging mit jedem weiteren Kriegsjahre bis auf 453 im Jahre 1917 zurück. Von 1916 bis 1917 trat jedoch nur noch eine Verminderung um 16 betrieblige Kartelle ein, was zu der Annahme berechtigt, daß mit dem Jahre 1917 die rückläufige Bewegung ihren Tiefstand erreicht habe. Durch die neueste Statistik wird diese Annahme bestätigt.

Den 443 an der Statistik beteiligten Kartellen gehörten am Schlusse des Jahres 1918 an 5654 Gewerkschaften, die zusammen 2220008 Mitglieder zählten. Im Vorjahre wurden 1053402 Mitglieder festgestellt, der Kreis der berichtenden Kartelle hat sich nicht erheblich verändert, das Mehr von 1166606 Mitgliedern bedeutet also einen beträchtlichen Zuwachs der Gewerkschaften; es tritt uns hier eine Mitgliedervermehrung vor Augen, die in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beispiellos ist. Die gleichen Kartelle hatten vor Kriegsausbruch 1983354 Mitglieder, im Vergleich zu dieser Zahl ist demnach eine Erhöhung des Mitgliederbestandes um 231674, gleich 11,7 Prozent, eingetreten. Der durch den Krieg hervorgerufene Mitgliederverlust ist nicht allein ausgeglichen, sondern ein weit darüber hinausgehender Gewinn zu verzeichnen. Bei dem von Jahr zu Jahr wechselnden Kreise der berichtenden Kartelle läßt sich aus den Mitgliederzahlen kein genaues Resultat der Mitgliederbewegung während des Krieges gewinnen.

Die größten Kartelle mit einer Mitgliederzahl von über 25000 sind von 14 auf 18 gestiegen. Die Kartelle dieser Größenklasse hatten 1918 Mitglieder (die Zahl vor Kriegsausbruch ist in Klammern beigefügt): Berlin 372847 (302052), Hamburg 146188 (137168), Dresden 84308 (92240), Leipzig 71279 (76185), Frankfurt a. M. 47351 (42988), München 70520 (63594), Chemnitz 43798 (40866), Breslau 43119 (32712), Wien a. N. 42020 (31866), Essen 41823 (15562), Nürnberg 41551 (55473), Stuttgart 40432 (42221), Kiel 39869 (21507), Hannover 35166 (35563),

Magdeburg 34578 (30765), Bremen 31655 (39768), Düsseldorf 30340 (23099), Danzig 27151 (8287). Von diesen Orten hatten 6 am Schlusse des Jahres 1918 den früheren Mitgliederstand noch nicht wieder erreicht, die übrigen ihn, und teilweise ganz erheblich, überdriffen. Einen verhältnismäßig ungemein starken Zuwachs an Mitgliedern haben Danzig mit 19864 = 239,7 Proz. und Essen mit 26261 = 168,7 Proz. erhalten. Von allen den Kartellen angehörenden Mitgliedern stellt der Verband der Metallarbeiter allein 649502. Von den größeren Verbänden zählen dann noch angehörende Mitglieder: Fabrikarbeiter 194012, Transportarbeiter 170397, Holzarbeiter 129708, Bergarbeiter 110695, Bauarbeiter 107535 und Textilarbeiter 103192. Diese sieben Verbände umfassen zusammen fast zwei Drittel des gesamten Mitgliederbestandes der Kartelle.

Die für den Rechtsschutz der Arbeiterschaft getroffenen Einrichtungen der Kartelle, die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen, haben den Kartellen immer schon schwere finanzielle Opfer auferlegt, die sich besonders während der Kriegszeit, bei der stark reduzierten Mitgliederzahl so empfindlich steigerten, daß die Generalkommission sich genötigt sah, den weniger günstig gestellten Kartellen Zuschüsse zur Aufrechterhaltung der Sekretariate aus allgemeinen Gewerkschaftsmitteln zu leisten. Größere Kartelle vermochten die Mehrausgaben aus ihren Kassenbeständen zu decken, verhältnismäßig kleinere Sekretariate ließen ihre Arbeiten durch nebenamtlich tätige Kräfte verrichten. So wurde die Aufrechterhaltung der Arbeitersekretariate während des Krieges ermöglicht. Es betrug deren Zahl im Jahre 1918: 111. Gewerkschaftsbureaus unterhielten 21 Kartelle. Es kommen hierbei nur größere Kartelle in Frage, in denen die gewerkschaftlichen Arbeiten durch Angestellte ausgeübt werden. Insgesamt wurden 1918 von den Kartellen in den Sekretariaten und den Gewerkschaftsbureaus 170 festbesoldete Angestellte beschäftigt, gegen 161 im Vorjahr und 205 im Jahre 1913.

Zu den kostspieligsten Einrichtungen der Kartelle zählen die Gewerkschaftshäuser. Die Statistik weist 65 auf. Sie sind meistens errichtet an Orten mit einer stärkeren Gewerkschaftsbewegung und dienen dort als Kongressortspunkt. Diese Einrichtungen legen den Gewerkschaften häufig schwere Lasten auf, und es erscheint manchmal fraglich, ob der Nutzen eines Gewerkschaftshauses auch den Kosten entspricht. In vielen Fällen sind die Gewerkschaftshäuser zugleich mit Herbergen verbunden, die von den Kartellen in eigener Regie betrieben werden. 1918 befanden 27 solcher Herbergen, in weiteren 156 Orten sind zwischen den Kartellen und Gastwirten Vereinbarungen über die Unterbringung reisender Gewerkschaftsmitglieder getroffen. In zehn Orten werden von Kartellen Versammlungsräume unterhalten.

Von dem Gebiete der Bildungsbestrebungen ist zu berichten, daß an 334 Orten gemeinsame Bibliotheken bestehen und von 74 Kartellen Lesekreise eingerichtet sind. Bildungsausschüsse waren 208 und Jugendkommissionen 204 vorhanden.

Angaben über die Kassenverhältnisse machten von den 443 an der Berichtserstattung beteiligten Kartellen 404. Diese hatten zusammen eine Einnahme von 1378009 Mk. und eine Gesamtausgabe von 1306697 Mk. Die Einnahme überstieg die Ausgabe um 71212 Mk., dementsprechend vermehrte sich die Kassenbestände der Kartelle von 554924 Mk. am Schlusse des Vorjahres auf 626236 Mark im Berichtsjahre. Nach diesen Zahlen haben sich die Finanzverhältnisse der Kartelle im Jahre 1918 erheblich günstiger gestaltet als in den übrigen Kriegsjahren, wo die Ausgaben die Einnahmen häufig, und zum Teil erheblich, überstiegen.

Der Nürnberg-Gewerkschaftskongress hat in den von ihm beschlossenen Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auch eine Verfassungsänderung der örtlichen Vereinigungen der Zweigvereine der Gewerkschaften festgelegt. Diese Vereinigungen werden nunmehr als Ortsauslässe bezeichnet und gelten als die örtlichen Vertretungen des Gewerkschaftsbundes. Die Vertretungen werden gebildet aus den Ortsverwaltungen der Zweigvereine, die aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Vorstand bestimmen. Die Geschäftsführung ist fest umrissen, die Aufgabe der Ortsauslässe ist die Wahrung der gewerkschaftlichen Interessen am Orte. Im einzelnen sind diese Aufgaben die gleichen, wie sie bisher von den Gewerkschaftskartellen erfüllt wurden, die isoleren Gebilde der Kartelle sollen durch die Verfassungsänderung festere Gestalt erhalten. Daneben fordert der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die Schaffung von kommunalen Arbeiterräten, die neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich auszuübenden Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der selbstigen Gewerkschaftskartelle ausüben haben. Die neuen Zeiten fordern eine Neugestaltung der bewegenden Kräfte. Die Gewerkschaften waren und bleiben der lebendige Ausdruck des wirtschaftlichen Lebens. Als berufene Sachwalterinnen der Arbeiterschaft liegt es ihnen ob, dieser neue Bahnen zu weisen, der Entwicklung weitere Ziele zu stecken. Sie werden den hervorragenden Anteil daran haben, das Volk durch die Wirken der heutigen Zeit hindurch besseren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entgegenzuführen.

